

8. Die letzte Phase des sozialdemokratischen Kampfes gegen die SdP im Frühjahr und Sommer 1938

Mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich am 12.3.1938 erfüllte sich für die ČSR ein *Worst-Case*-Szenario. Militärisch und politisch war der kleine Staat nun eingekreist und seine Unabhängigkeit damit auf das Äußerste bedroht. Unter seiner deutschsprachigen Bevölkerung löste der Anschluß einen weiteren nationalistischen Rausch aus, den Konrad Henlein am 17.3. dazu nutzte, nunmehr alle Sudetendeutschen dazu aufzufordern, den Alleinvertretungsanspruch der SdP anzuerkennen und sich seiner Partei anzuschließen. Am 22.3. folgte der gescheiterte Jungaktivist Gustav Hacker in einer Art innerparteilichem Putsch diesem Aufruf und verkündete den Austritt des BdL aus der Regierung und den Übertritt seiner Partei zur SdP. Die DCV vollzog diesen schwerwiegenden Schritt zwei Tage später und beendete dadurch faktisch die langjährige Phase des sudetendeutschen Aktivismus¹³⁶⁰. Bereits im November 1937 hatte sich Henlein vollständig in die Abhängigkeit des deutschen Diktators gegeben, indem er in Berlin den Wunsch nach Anschluß der Sudetengebiete bekundete. Doch erst nach dem Anschluß Österreichs bediente sich Hitler der SdP als Instrument, um über die Weisung, ausschließlich unannehmbare Forderungen zu stellen, in der ČSR Bedingungen zu schaffen, die die militärische Intervention rechtfertigten.

Die DSAP trafen diese Ereignisse einmal mehr unvorbereitet. Sie ereigneten sich zudem in der Hochphase des innerparteilichen Machtkampfes zwischen Czech und Jaksch und bewegten die Parteitagsdelegierten mithin, Jaksch am 26.3. trotz verbreiteter Bedenken wegen seiner zurückliegenden Vorstöße zum neuen Parteivorsitzenden zu wählen. Jaksch trat seinen Vorsitz somit in einer äußerst schwierigen politischen Situation an. Seine Aufgabe interpretierte er dahingehend, daß es nun erforderlich sei, nationalpolitische Reformvorschläge vorzulegen, die sich zum einen inhaltlich vom zunehmend radikaler werdenden Kurs der SdP unterschieden, der seit Henleins Karlsbader Rede vom 24.4.1938 auf vollständige politische Autonomie hinauslief. Zum anderen mußten sie derart gestaltet sein, daß sie für das tschechische Regierungslager annehmbar waren. Zugleich mußten sie aber auch weitreichender formuliert sein als vorangegangene Initiativen, um sowohl einen neuen Ruck in seiner gespaltenen und demoralisierten Partei auszulösen und die verlorenzugehenden Kampfereitschaft wiederherzustellen als auch den Henleinanhängern als tragbare Alternative zu erscheinen. Sollte Jaksch diese diffizile Gradwanderung gelingen, hätte ihn dies, wie *Wingfield* treffend darstellt, einerseits legitimiert, mehr als nur einen mittlerweile verschwindend geringen Teil der Sudetendeutschen zu repräsentieren, und ihm andererseits internationale Beachtung gebracht, die wiederum im Idealfall den Druck der Westmächte auf die ČSR hätte mildern und in der Folge den Weg für eine innenpolitische Verständigung der demokratischen Kräfte hätte öffnen können¹³⁶¹. Da Jaksch nach wie vor davon überzeugt war, das Ruder zugunsten seiner Partei herumreißen zu können, zeigte er sich im Gegensatz zum nationalpolitischen Attentismus seines Vorgängers bereit, sich dieser politischen

¹³⁶⁰ Vgl. zu den entsprechenden innerparteilichen Entwicklungen Kracik (1999), a.a.O., S. 392 ff.

¹³⁶¹ Vgl. *Wingfield* (1989), a.a.O., S. 164.

Herausforderung zu stellen. Auch wenn Jaksch unermüdlich betonte, daß eine programmatische Erneuerung der DSAP selbst nach dem Anschluß Österreichs und dessen innenpolitischen Auswirkungen in der ČSR durchaus noch Sinn mache¹³⁶², konnte dies zu diesem Zeitpunkt doch niemand mehr ernstlich glauben, auch Jaksch nicht. Es muß daher davon ausgegangen werden, daß seine Kandidatur zum Parteivorsitzenden vielmehr ausschließlich eine Machtfrage war.

In seiner Antrittsrede zollte Jaksch den veränderten politischen Rahmenbedingungen insofern Tribut, als daß er seine Partei auf grundlegende Veränderungen in der Regierungspolitik vorzubereiten suchte. Seiner Ansicht nach werde die Regierung künftig die SdP in ihre Bemühungen zur Lösung der sudetendeutschen Frage stärker einbeziehen. Auch direkte Verhandlungen der Regierung mit Henlein schloß er nicht länger aus. Jaksch sicherte seiner Partei aber zu, sie werde dabei mit am Verhandlungstisch sitzen¹³⁶³. Diese Zusicherung konnte er in der Folgezeit jedoch nicht mehr einhalten. Im Gegenteil war die Regierung nach dem Anschluß Österreichs und der politischen Aufwertung der Henleinbewegung durch den Beitritt des BdL und der DCV gezwungen, die SdP als exklusiven Verhandlungspartner zu akzeptieren. Erste Gespräche mit SdP-Vertretern wurden Anfang April aufgenommen und die Position der DSAP hierdurch nachhaltig untergraben. Beratungen mit ihr traten von nun an eindeutig in den Hintergrund. Im tschechischen Regierungslager hatte sich offensichtlich die Ansicht durchgesetzt, die DSAP schaffe in dieser Situation mehr Probleme als sich mit ihr lösen ließen. Nachdem Ludwig Czech am 9.4.1938 auf Druck des Ministerpräsidenten sein Ministeramt zur Verfügung gestellt hatte und Jaksch nicht zu seinem Nachfolger berufen worden war, war die DSAP ihrer letzten Machtressource beraubt¹³⁶⁴. Sie blieb zwar bis zum Münchener Abkommen in der Regierungsmehrheit, besaß aber keine politische Grundlage mehr, eine Hinzuziehung zu den Verhandlungen einzufordern. Der Ausgang der Kommunalwahlen vom 22./29.5.1938 veranlaßte die Westmächte, ihren außenpolitischen Druck auf die ČSR zu verstärken, endlich zu einer Übereinkunft mit der SdP in der Minderheitenfrage zu gelangen. In dieser Situation war keine Regierungspartei - auch nicht die ČSD - bereit, noch länger an der DSAP als politischer Alternative zur SdP festzuhalten, so daß alle Bemühungen der Sozialdemokraten, den Alleinvertragsanspruch der SdP zu bekämpfen, bereits im Frühjahr 1938 gescheitert waren. Die DSAP

¹³⁶² Vgl. Sozialdemokrat, 19. und 26.3.1938.

¹³⁶³ Vgl. Sozialdemokrat, 29.3.1938. In diesem Zusammenhang ist sicherlich auch Jakschs mysteriöses Treffen mit dem SdP-Vertreter Josef Pfitzner und Emil Franzel am 2.4.1938 zu sehen, das ihm später oftmals als Verrat angelastet wurde. Daß sich Jaksch in dieser Situation mit einem Repräsentanten der Henleinbewegung in der Öffentlichkeit eines Prager Caféhauses zu einem Gedankenaustausch traf, ist nicht als Sondierungsgespräch für einen möglichen Übertritt der DSAP oder Jakschs in die SdP zu interpretieren, sondern beruhte auf eben der Einsicht, daß die SdP in nächster Zukunft eine bedeutendere Rolle spielen werde. Die Aufzeichnungen Pfitzners zu diesem Treffen enthalten folglich auch keine Hinweise, die Rückschlüsse auf konkrete Absichten Jakschs zulassen, in der SdP z.B. die Rolle des Arbeiterführers übernehmen zu wollen, obwohl Pfitzner und Franzel ihm in diesem Gespräch mehrere Vorlagen hierfür gegeben hatten. Außerdem geht aus dem Dokument hervor, daß sich Jaksch bei allen konkreten Fragen, die die Taktik der DSAP betrafen, sehr bedeckt hielt. Vgl. J. Pfitzner an K.H. Frank v. 2.4.1938, in: Král (1964), a.a.O., Dok. 106, S. 169-72.

¹³⁶⁴ Da ČSD-Generalsekretär Dunder dem Parteivorstand bereits am 30.3. berichtete, daß Fr. Ježek Czechs Nachfolger als Gesundheitsminister werden solle und die DSAP allenfalls einen Minister ohne Portfolio beanspruchen könne, kann davon ausgegangen werden, daß die Zurückstufung der DSAP vom Ministerpräsidenten bereits von langer Hand geplant war. Protokoll der Vorstandssitzung v. 30.3.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 431-35.

wurde zu den Verhandlungen über das von Ministerpräsident Hodža Ende März angekündigte Minderheitenstatut¹³⁶⁵ nicht länger hinzugezogen. Hieran konnten auch keine öffentlichen Proteste und Protestnoten der DSAP etwas ändern. Aus einem von Jaksch und Taub unterzeichneten Schreiben an den Staatspräsidenten vom 10.6.1938 läßt sich das Ausmaß der angestauten Wut und Enttäuschung über diesen Zustand deutlich ablesen. Der Parteivorsitzende und sein Generalsekretär bezichtigten die Regierung hierin, die DSAP als letzte demokratische Partei im sudetendeutschen Lager in der entscheidenden Phase der Verhandlungen um das Minderheitenstatut als eine Partei von Landesverrätern zu behandeln. Indem keiner der anberaumten Termine eingehalten wurde und die DSAP nicht an den offiziellen Regierungsgesprächen mit der SdP teilnehmen dürfe, werde ihre moralische und politische Stellung unterminiert. Mit diesem Verhalten sanktioniere die Regierung die totalitären Forderungen der SdP und erkenne ihren Alleinvertretungsanspruch an. Damit grenze sie zugleich den einzigen Verbündeten aus, den sie unter den Sudetendeutschen noch besitze¹³⁶⁶.

Im Gegensatz zur DSAP wurde die innenpolitische Situation des Frühjahrs 1938 in der ČSD-Führung erstaunlich emotionslos analysiert und die sich daraus ergebende Frage des weiteren Umgangs mit der SdP ausgesprochen rational diskutiert. Die Rückwirkung des Regierungsaustritts des BdL wurde auf der nachfolgenden Sitzung des Parteivorstands am 23.3. als äußerst folgenschwer eingeschätzt. Rudolf Tayerle konstatierte aus den Ausführungen Bechyněs zur aktuellen innenpolitischen Lage aus der Sicht der Regierung, daß sich der Staat in dieser veränderten Situation nur noch auf die Tschechoslowaken stützen könne, und nannte es als vorrangige Aufgabe der Politik, deren Vertrauen in den Staat zu festigen. Hampl und Dundr ergänzten, daß es notwendig sei, Parteistreitigkeiten im tschechischen Lager zugunsten einer "geistigen Einheit des tschechoslowakischen Volkes" einzustellen. Ebenso herrschte Einmütigkeit in der Einschätzung, daß eine Korrektur der Minderheitenpolitik der Regierung für die ČSR nunmehr zu einer Überlebensfrage geworden sei. Tayerle schlug vor, daß die Durchführung des Gesetzes über die Gauverfassung der Situation wohl am dienlichsten sei. Der Abgeordnete Hladký sprach sich zusätzlich für groß angelegte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Nordböhmen aus. Hieran wird ersichtlich, daß die ČSD in der Minderheitenfrage zu diesem Zeitpunkt zu weitreichenderen Zugeständnissen bereit war als die Agrarpartei und deren Ministerpräsident, denn Hodžas wenige Tage danach vorgelegte Vorschläge zum Minderheitenstatut blieben weit hinter diesem Konzept zurück. Zugleich stellte Němec jedoch heraus, daß die ČSD keine eigenen nationalpolitischen Initiativen ergreifen würde, die nicht mit der Agrarpartei zuvor abgestimmt worden seien. Als nächstes ergab sich für den Parteivorstand die Frage, mit wem verhandelt werden sollte. Meissner stellte heraus, daß es dem Ausland nicht reichen werde, wenn sich die Regierung dabei auf die DSAP beschränken würde. Eine mögliche Zustimmung zum

¹³⁶⁵ Die korrespondierende Rundfunkrede Hodžas vom 28.3.1938, deren Kernpunkte ein Nationalitätenproporz bei Neuanstellungen im öffentlichen Dienst und bei Zuwendungen aus dem Staatshaushalt, eine Novellierung des Sprachengesetzes sowie die nationale Selbstverwaltung im Schulwesen darstellten, ist abgedruckt bei Habel (1984), a.a.O., S. 208 f.

¹³⁶⁶ Brief von Jaksch und Taub an Beneš v. 10.6.1938. Abgedruckt in Mejdrová (1997), a.a.O., Dok. 37, S. 51-52.

Ausschluß der DSAP von den Verhandlungen läßt sich daraus jedoch nicht ableiten. Trotz des von Hladký vorgebrachten und sich bald bewahrheitenden Einwandes, die Regierung werde die Forderungen Henleins niemals stillen können, stimmten alle Vorstandsmitglieder darin überein, daß es keinen anderen Ausweg gäbe, als Verhandlungen mit der SdP aufzunehmen. Der ČSD-Vorstand sprach sich jedoch dagegen aus, die SdP in einem nächsten Schritt in die Regierung aufzunehmen. Wie Dundr verdeutlichte, könne man nicht das Risiko eingehen, auf oppositionelle Strömungen in der SdP zu vertrauen, nachdem diese erklärt hatten, sich nicht gegen den auf das nationalsozialistische Deutschland orientierten Kurs der Parteiführung stellen zu wollen¹³⁶⁷.

In den folgenden Wochen und Monaten hielt der Parteivorstand der ČSD an diesem politischen Kurs fest. Forderungen, die auf eine nationale Autonomie hinausliefen, wurden ebenso abgelehnt wie Zugeständnisse an die SdP, die über den Bereich der Nationalitätenpolitik hinausgingen. So wies Hampl Ende März die von der SdP geforderte Neutralität der ČSR nachdrücklich zurück und erklärte, daß die Partei im Einklang mit der Regierung auch weiterhin für die bestehenden außenpolitischen Bündnisse eintreten werde. Außerdem zeigt sich, daß die ČSD das Vorgehen der Regierung in allen Belangen deckte und dies vor dem Vorstand damit legitimierte, daß alle Schritte mit dem Staatspräsidenten abgestimmt seien¹³⁶⁸. Daneben wird ersichtlich, daß es für die ČSD nun immer wichtiger wurde, im Konflikt mit der SdP die staatliche Autorität zu stärken, sie mit ihren diesbzgl. Vorschlägen jedoch an der dominierenden Position der Agrarpartei scheiterte. Mitte April betonten Nečas und Remeš, der Staat müsse mit harten Mitteln gegen jedwede Rechtsverletzung durch die SdP und deren Anhänger vorgehen. Reichten polizeiliche Maßnahmen hierzu nicht aus, dürfe auch vor dem Einsatz von Militär nicht zurückgeschreckt werden. Diese weitreichende Maßnahme wurde damit begründet, daß das tschechische Volk gegenüber den gewaltsamen Provokationen durch die SdP standhaft sei und nichts mehr fürchte als eine Nachgiebigkeit der Staatsgewalt¹³⁶⁹. Hieran wird aber auch deutlich, daß die ČSD zu diesem Zeitpunkt ihre politischen Entscheidungen ausschließlich aus einer tschechisch-nationalen Perspektive heraus fällte. Es lassen sich keine Hinweise ausmachen, daß die in Opposition zu Henlein stehenden Sudetendeutschen - also vor allem die DSAP -, die die vorangigen Opfer des SdP-Terrors waren, hierfür in irgendeiner Weise ins Kalkül gezogen wurden. Erst Mitte Mai erklärte Hampl, daß es der Regierung darum gehe, nach den Terroranschlägen der SdP die Gültigkeit der Gesetze für alle Bürger gleichermaßen im gesamten Staatsgebiet wiederherzustellen, ohne jedoch eine eigene Position hierzu vorzubringen¹³⁷⁰. Ende April erläuterte Bechyně, daß die sozialdemokratischen Minister sich in der Regierung für ein Verbot der Maikundgebungen ausgesprochen hatten, um die Staatsautorität zu schützen. Diese für die Vertreter einer Arbeiterpartei weitreichende Initiative scheiterte jedoch ebenso am Willen des Ministerpräsidenten wie der geforderte Einsatz von Militär auf den Kundgebungen der SdP zur

¹³⁶⁷ Protokoll der Vorstandssitzung v. 23.3.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 427-30.

¹³⁶⁸ Protokoll der Vorstandssitzung v. 30.3.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 431-35.

¹³⁶⁹ Protokoll der Vorstandssitzung v. 13.4.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 436-39.

¹³⁷⁰ Protokoll der Vorstandssitzung v. 18.5.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 460-64.

Wahrung der öffentlichen Ordnung¹³⁷¹. Und auch die einvernehmliche Initiative der politischen Minister der ČSD, der Nationalen Sozialisten und der Volkspartei, Mitte Mai ein Verbot der bewaffneten Verbände der SdP herbeizuführen, wurde von Hodža blockiert¹³⁷². Schließlich scheiterte die ČSD mit ihrer Forderung, die Gemeindewahlen erst im September 1938 zu beginnen und sie dann auch nur schrittweise über einen sehr langen Zeitraum durchzuführen¹³⁷³. Insgesamt läßt sich also feststellen, daß sich die ČSD im Sinne der '*statotvornost*' einmal mehr in den Dienst der bürgerlichen Regierungspartner stellte und diese trug, als sie über keine eigene Mehrheit mehr verfügten, sie sich aber gegenüber der in der Regierung dominierenden Agrarpartei mit keiner ihrer Forderungen zum Umgang mit der SdP durchsetzen konnte.

Mit diesem auf Kompromißfindung ausgerichteten politischen Kurs schwächte die ČSD-Führung nicht nur die Position der DSAP, sondern geriet zunehmend in einen politischen Gegensatz zu den Forderungen ihrer Parteibasis. Während die DSAP infolge des physischen Terrors durch SdP-Anhänger gezwungen war, ab dem Frühsommer auf Parteikundgebungen insgesamt zu verzichten resp. sie auf tschechisches Siedlungsgebiet zu verlegen¹³⁷⁴, ging die tschechische Linke den umgekehrten Weg der Massenmobilisierung. In unzähligen Aufmärschen demonstrierte sie ab dem März 1938 ihre Kampfbereitschaft und forderte die Regierung in Manifestationen und Protestnoten auf, sich gegenüber den Forderungen der SdP unnachgiebig zu zeigen¹³⁷⁵. Diese Entwicklung wurde durch die Mai-Krise infolge der tschechoslowakischen Teilmobilmachung verstärkt. Beschleunigte diese einerseits die außenpolitische Isolierung der ČSR, hatte sie innenpolitisch im Gegenteil einen gewissen gesellschaftlichen Konsolidierungseffekt. Denn sie beförderte, wie *Kural* hervorhebt, nachhaltig die Bereitschaft weiter Bevölkerungsgruppen zur Verteidigung der Demokratie und der staatlichen Integrität¹³⁷⁶.

Eine entscheidende Rolle in diesem Prozeß zum zivilgesellschaftlichen Widerstand spielte der Petitionsausschuß "Wir bleiben treu!" (PVVZ), dessen Manifest am 15.5.1938 von 300 Repräsentanten des tschechoslowakischen Kulturlebens unterzeichnet worden war. Diese partiübergreifende Plattform linker Intellektueller war als Antwort auf die Bestrebungen des Beran-Flügels innerhalb der Agrarpartei zum Ausgleich mit der SdP entstanden. Neben einzelnen Vertretern der 'Burg-Gruppe' und unabhängigen Literaten hatte sie vor allem die innerparteiliche ČSD-Opposition in der *Dělnická akademie* vorangetrieben. Bis Anfang September 1938 sammelten die Initiatoren über eine Million Unterschriften, so daß der PVVZ in der Tat zum Sprach-

¹³⁷¹ Protokoll der Vorstandssitzung v. 27.4.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 446-50. Nach Aussage Nečas' habe sich Hodža damit dem Druck der SdP gebeugt. Protokoll der Vorstandssitzung v. 13.4.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 436-39.

¹³⁷² Protokoll der Vorstandssitzung v. 18.5.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 460-64

¹³⁷³ Der entsprechende Beschluß wurde erst Mitte April gefaßt. Protokoll der Vorstandssitzung v. 14.4.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 436-39. Die Fragen einer Aufschiebung der Gemeindewahlen und der Wahlen zu den Vertretungen der Sozialversicherungsträger sowie Möglichkeiten zur Veränderung der Wahlordnung, um der SdP den Zugang zu öffentlichen Ämtern zu erschweren, war seit März 1937 im Parteivorstand regelmäßig und kontrovers diskutiert und entscheidende innenpolitische Bedeutung zugemessen worden. Umso schwerer muß die Niederlage der ČSD in dieser Frage gewertet werden. Protokolle der Vorstandssitzungen v. 10.3.1937, 3.6.1937, 8.7.1937, 30.3.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 318-22, 340-43, 347-51, 431-35.

¹³⁷⁴ Vgl. dazu Brügel (1967), a.a.O., S. 450.

¹³⁷⁵ Vgl. dazu die verschiedenen Dokumente in: Čtělí jsme bojovat (1963), a.a.O., Bd. 1, S. 150 ff.

¹³⁷⁶ Vgl. Kural (1993), a.a.O., S. 179 ff.

rohr der politischen Überzeugung der tschechischen Gesellschaft avancierte. Zugleich dokumentierte er den Beginn einer politischen Massenbewegung, die zum ersten Mal seit der Staatsgründung außerhalb des versteinerten Parteiensystems rangierte und vom außerparlamentarischen Raum aus versuchte, politischen Druck auf die Regierungskoalition auszuüben. Dies geschah, indem sie das Regierungslager aufforderte, in Anbetracht der faschistischen Bedrohung ihre Partikularinteressen dem Gemeinwohl unterzuordnen und alles in ihrer Macht stehende zur Verteidigung der Republik und der Demokratie zu unternehmen. Inhaltlich war die Bewegung darauf ausgerichtet, über Partei-, Klassen- und Standesgrenzen hinweg eine Einheit der tschechoslowakischen Nation herzustellen, die zu einer kompromißlosen Verteidigung der demokratischen Republik gegenüber den Angriffen ihrer inneren und äußeren Feinde bereit und imstande war. "Nur in fester Einigkeit liegt unsere Unbezwingbarkeit und unsere Kraft. Bleiben wir uns selbst treu, treu den Grundlagen, aus denen unsere Eigenständigkeit geboren wurde."¹³⁷⁷ Das Manifest gab zwar vor, im europäischen Interesse zu handeln, doch kann sein Wortlaut nicht darüber hinwegtäuschen, daß hierbei ausschließlich vom verengt nationalen Standpunkt aus argumentiert wurde. Zwar bekannten sich die Unterzeichner zum Frieden, doch erklärten sie zugleich, mit allen Mitteln bis zum Einsatz der eigenen Armee gegen eine gewaltsame Zerstörung der staatlichen Einheit vorgehen zu wollen. Innenpolitisch signalisierte das Manifest eine Bereitschaft zur nationalen Verständigung mit den Minderheiten, es forderte aber ein entschiedenes Auftreten gegen jeden, der die innerstaatliche Entwicklung ausländischen Interessen unterordnen wolle. Damit war einem weitreichenden nationalpolitischen Entgegenkommen an die autonomistischen Forderungen der SdP eine deutliche Absage erteilt worden. Ebenso sprach sich das Manifest unmißverständlich gegen eine Aufnahme der SdP in die Regierung aus, die nach Meinung der Unterzeichner nur von staatstreuen und demokratischen Kräften gebildet werden dürfe.

Während die ČSD-Führung auf das Manifest und damit auch auf die Forderungen ihrer Basis und eines Großteils ihrer Wählerschaft mit Reserviertheit reagierte, wurde es von der KPTsch ausdrücklich begrüßt und die weitere Unterschriftenkampagne tatkräftig unterstützt. Ähnlich wie die sozialdemokratische Opposition befürchtete auch die KPTsch nach dem Anschluß Österreichs, die Regierung werde nunmehr versuchen, die sudetendeutsche Frage durch ein Abkommen mit der SdP zu lösen. Wie aus einem vertraulichen Schreiben der Parteiführung an die Gebietssekretäre vom 26.4.1938 hervorgeht, wäre dies jedoch "der Beginn des österreichischen Weges" in der ČSR, und die Parteiorganisationen wurden deshalb aufgefordert, hiergegen zu mobilisieren. Die kommunistische Führung erläuterte ferner, daß ihre Strategie darauf ausgerichtet sei, nationalpolitische Konzessionen an die SdP unter allen Umständen zu verhindern, da Henleins Politik nicht auf Verständigung, sondern einzig auf Irredenta ausgerichtet sei. Statt dessen ziele die KPTsch darauf ab, einen republikanischen Block aller demokratischen Kräfte zur Verteidigung der ČSR zu bilden. In diesem Schreiben wurden die Parteiorganisationen daher aufgefordert, die politischen Grundlagen für eine Zusammenarbeit aller proletarischen

¹³⁷⁷ "Věrní zůstaneme!", in: Chtěli jsme bojovat, a.a.O., Bd. 1, S. 337-41.

Organisationen "in jeglicher Form"¹³⁷⁸ zu schaffen. Auch wenn die Führungen der beiden sozialdemokratischen Parteien nach wie vor argwöhnten, die KPTsch unternehme diese Vorstöße nur, um die Kontrolle ihrer Basis an sich zu reißen, muß davon ausgegangen werden, daß revolutionierende Hintergedanken für diesen Schritt bereits keine vorrangige Rolle mehr spielten¹³⁷⁹. In jedem Fall konnten die sozialdemokratischen Führungen nicht übersehen, daß ihre Organisationen angesichts der faschistischen Bedrohung die Einheit der Arbeiterklasse herbeisehnten und sich tagtäglich über alle Fraternalisierungsverbote hinwegsetzten. Wenige Tage später forderten die Abgeordneten und Senatoren der KPTsch den Ministerpräsidenten in einem Memorandum auf, sofortige Maßnahmen zur Lösung der sudetendeutschen Frage zu ergreifen, anstatt sich auf Verhandlungen mit Henlein über das angestrebte Minderheitenstatut einzulassen. In diesem Memorandum vom 30.3.1938, das in fünf Themenkomplexe unterteilt ist, lassen sich zudem deutliche Übereinstimmungen zu den Forderungen feststellen, wie sie seit mehreren Jahren von der DSAP vorgebracht worden waren. Die Parlamentarier sprachen sich vehement gegen eine Aufnahme der SdP in die Regierung aus, da diese nur bestrebt sei, den faschistischen Staaten in die Hände zu spielen, und dazu die berechtigten Wünsche der Sudetendeutschen zur Verbesserung ihrer nationalpolitischen, sozialen und rechtlichen Lage ausnütze. Statt dessen solle der Ministerpräsident wieder einen aktivistischen Politiker ins Kabinett berufen, was unter diesen Umständen nur ein Sozialdemokrat sein könne. Dieser solle mit anderen Ministern ein Kollegium bilden, das eine demokratische Lösung der Probleme anstreben könne. Weiterhin solle die Regierung ihre Öffentlichkeitsarbeit verbessern, um der faschistischen Propaganda wirksamer begegnen zu können. Drittens forderten die Parlamentarier staatliche Maßnahmen gegen den Terror, eine Verbesserung der Arbeitslosenfürsorge und die sofortige Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Durchführung öffentlicher Arbeiten sowie zur Unterstützung der notleidenden sudetendeutschen Industriezweige. Der vierte Punkt betraf eine Säuberung des öffentlichen Dienstes von allen im Sinne des Staatsinteresses nicht zuverlässigen Bediensteten. Und schließlich wurde eine weitreichende Novellierung des Sprachengesetzes gefordert, wie es bereits im Memorandum vom November 1936 angedacht worden war, um auf diesem Weg einen nationalen Ausgleich herbeiführen zu können¹³⁸⁰. Mit diesem Vorschlag näherte sich die KPTsch eindeutig den Positionen der Sozialdemokraten an und qualifizierte sich bei Bevölkerungsgruppen, die der Partei ansonsten skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, als eine fachlich kompetente politische Kraft jenseits eines revolutionären Voluntarismus.

Weiterhin bleibt zu fragen, welche Rückwirkungen diese Entwicklung auf die politische Stellung der DSAP hatte und wer für die zunehmende innenpolitische Isolierung der Partei verantwortlich gemacht werden muß. Die Gründe hierfür können jedoch nicht nur im außenpoliti-

¹³⁷⁸ Ebd., Bd. 1, Dok. 116, S. 213.

¹³⁷⁹ Hiermit korrespondieren weitere Aussagen und Aufrufe führender Parteifunktionäre aus dem Frühjahr und Sommer 1938. So erklärte z.B. Gottwald in einem Leitartikel vom 5.7.: "Soweit es die Kommunistische Partei betrifft, ist sie bereit, alles zu unternehmen, was das gemeinsame Vorgehen aller Arbeiterparteien in der Republik ermöglicht ... Wir haben bewiesen, daß die Sache der Arbeiterklasse, die Sache des Volkes, die Sache der Verteidigung der Republik über unseren engeren Parteiinteressen steht." Gottwald: Spisy, a.a.O., Bd. VIII, S. 189-91.

¹³⁸⁰ Čhtěli jsme bojovat, a.a.O., Bd. 1, Dok. 121, S. 221-24.

schen Druck durch die Westmächte oder durch die Aggression des Deutschen Reichs gesehen werden, das die Henleinbewegung seit dem Frühjahr 1938 erfolgreich für seine Ziele instrumentalisierte¹³⁸¹. Weiterhin kann der Vorwurf, die ČSD habe die sudetendeutschen Sozialdemokraten in dieser Situation nicht nur politisch fallengelassen, sondern sie zudem noch bekämpft¹³⁸², nicht bestehen. Denn Anfang April machten beide Parteien unter Federführung Jakschs im Parlament eine Eingabe für ein umfangreiches Sofortprogramm für die nordböhmischen Krisengebiete¹³⁸³, und auch der ČSD-Vorstand sprach sich für gemeinsame Kandidatenlisten mit der DSAP für die bevorstehenden Gemeindewahlen aus¹³⁸⁴. Aus den Protokollen der Vorstandssitzungen geht weiterhin eindeutig hervor, daß für die ČSD die Fortführung der Regierungsbeteiligung der DSAP auch nach Czechs Rücktritt einen festen Bestandteil ihrer politischen Strategie darstellte. Es kann aus den protokollierten Stellungnahmen jedoch nicht entnommen werden, daß dies in der Koalition vehement eingefordert wurde, d.h. es besaß für die ČSD in dieser Situation wahrscheinlich keine allzu große Priorität mehr¹³⁸⁵. Nach den Aussagen Bechyněs teilten auch die Nationalen Sozialisten und die Volkspartei Ende April diese Meinung. Nach ihrer Lesart wurde die DSAP auch weiterhin als Regierungspartei gesehen, die weitere Entwicklung sollte jedoch zunächst noch abgewartet werden¹³⁸⁶. Als Luděk Pik am 27.4. die Ansicht vertrat, daß die logische Antwort der Regierung auf die Karlsbader Forderungen Henleins nur der Regierungseintritt der DSAP sein könne, machte Minister Nečas deutlich, daß sich die Situation in dieser Frage mittlerweile etwas verkompliziert habe. Denn Jaksch habe gerade erst den Eintritt eines DSAP-Vertreters ins Kabinett ausdrücklich abgelehnt¹³⁸⁷. Auch Hampl hob Mitte Mai noch einmal hervor, daß die soeben erfolgte Ernennung František Ježeks zum Gesundheitsminister vor allem auf die Entwicklungen innerhalb der DSAP zurückzuführen sei. Nečas fügte hinzu, daß die DSAP-Führung allerdings "unangenehm überrascht" gewesen sei, daß Hodža vor der Berufung Ježeks nicht mit der DSAP verhandelt habe¹³⁸⁸.

Aus dieser Äußerung kann nunmehr geschlußfolgert werden, daß sich Jaksch mit seiner Politik ganz offensichtlich verkalkuliert hatte. Dies betraf zum einen die Bereitschaft der ČSD zu politischer Unterstützung der Schwesterpartei im Sinne internationalistischer Solidarität, die in der Situation der außen- und innenpolitischen Bedrohung der ČSR im Frühjahr 1938 an ihre Grenzen gestoßen war, und zum anderen die eigene Interpretation bzgl. einer angenommenen Unverzichtbarkeit der DSAP als letzter verbliebener demokratischer Kraft unter den Sudeten-

¹³⁸¹ Am 28.3.1938 hatte Hitler Henlein in einer Unterredung in Berlin unmißverständlich angewiesen, von nun an lediglich unannehmbare Forderungen zu stellen. Das Protokoll der Unterredung ist abgedruckt bei Habel (1984), a.a.O., S. 190 f.

¹³⁸² Vgl. Bachstein (1974), a.a.O., S. 162.

¹³⁸³ Bechyně erklärte gegenüber dem Parteivorstand, daß in der Regierung über diese Eingabe jedoch nicht verhandelt wurde, woraus sich die allgemein gesunkene Bedeutung der Sozialdemokraten zweifelsfrei ablesen läßt. Protokoll der Vorstandssitzung v. 20.4.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 440-45.

¹³⁸⁴ Protokoll der Vorstandssitzung v. 4.5.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 451-55.

¹³⁸⁵ Vgl. die Stellungnahmen von Hampl, Remeš und Tayerle. Protokoll der Vorstandssitzung v. 13.4.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 436-39.

¹³⁸⁶ Protokoll der Vorstandssitzung v. 20.4.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 440-45.

¹³⁸⁷ Protokoll der Vorstandssitzung v. 27.4.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 446-50.

¹³⁸⁸ Protokoll der Vorstandssitzung v. 11.5.1938. A ČSSD, fond 71, a.j. 19/2, l. 456-59.

deutschen für die Regierungspolitik. Aus diesem Grund muß als gleichrangiger Umstand für das Scheitern der DSAP erachtet werden, daß Jaksch die oben beschriebene Gradwanderung bei seinen nationalpolitischen Forderungen nicht gelang. Denn zunächst konzentrierte sich Jaksch nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden auf die Ebene der Sprachenfrage und der Verwaltung und umging rhetorisch den Problembereich der territorialen Autonomie. In seiner Parteitagsrede hatte er die Absicht erklärt, die gesamte Minderheitenproblematik - auch die von ihm nach wie vor geforderte Erhebung der Sudetendeutschen zum zweiten Staatsvolk - im Verfassungsrahmen lösen zu wollen¹³⁸⁹. Doch bereits einen Monat später hatte er diese Zurückhaltung aufgegeben, als er im Anschluß an weitere Gespräche in London in einem Interview mit dem "Daily Telegraph" sieben weitreichende Forderungen erhob, die keinesfalls mehr im Rahmen der Verfassung zu realisieren waren und die zudem die Konzessionsbereitschaft selbst der verständigungsbereiten Kräfte im Regierungslager überforderte. Ihren umstrittenen Kernpunkt bildete die Forderung nach Aufteilung des Landes in nationale Kantone und damit einen Rückgriff auf das Schweizer Staatsordnungsmodell, daß für die politische Öffentlichkeit in der ČSR seit jeher ein Reizthema dargestellt hatte und von der DSAP deshalb schon in den zwanziger Jahren zurückgestellt worden war¹³⁹⁰. Als Unterschied zu den Karlsbader Forderungen Henleins, die einen Tag später formuliert wurden, mußte aus dem Blickwinkel eines staatstreuen Tschechen bei Jaksch also nur auffallen, daß er im Gegensatz zur SdP keine territoriale Autonomie für seine Volksgruppe anstrebte. Einen solchen Schritt hatte er in diesem Interview unter Verweis auf die große Anzahl von Gebieten mit gemischt-nationaler Zusammensetzung explizit abgelehnt. Auch wenn Jakschs Politik nicht wie bei Henlein auf eine Untergrabung der staatlichen Autorität abzielte, kann der Inhalt des "Daily Telegraph"-Interviews nicht darüber hinwegtäuschen, daß er sich bereits Ende April durch seine eigene nationalpolitische Initiative von der politischen Mehrheit isoliert hatte.

Wie *Kučera* hervorhebt, stellte die Initiative Hodžas vom März 1938, die versprengten Bestimmungen bzgl. der nationalen Minderheiten auf dem Gesetzgebungsweg in einem Minderheitenstatut zusammenzufassen und auch auszubauen, eine substantielle Veränderung in der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik dar. Hatte der Reformkurs des Jahres 1937 auf einem Forderungskatalog der aktivistischen Parteien beruht, ergriff die Regierung nun erstmalig die Initiative und beabsichtigte, nach eigenen Vorstellungen ein umfassendes Reformprojekt auf den Weg zu bringen, mit dem "das tschechoslowakische Nationalitätenrecht ein im damaligen Europa beachtenswertes Niveau"¹³⁹¹ erreicht hätte. Für die tschechoslowakische Regierung sollte sich die von den äußeren Umständen aufgezwungene Entscheidung, von nun an exklusiv mit der SdP zu verhandeln, in der verbleibenden Zeit bis zum Münchener Abkommen nicht als Vorteil erweisen, nachdem Henlein Ende März von Hitler aufgefordert worden war, nunmehr nur noch unannehmbare Forderungen zu stellen. Auch wenn Henlein in seiner Karlsbader Rede am 24.4.1938 den Tschechen vorhielt, daß dies ihre letzte Chance sei, ihren in den Friedensver-

¹³⁸⁹ Vgl. Sozialdemokrat, 29.3.1938.

¹³⁹⁰ Das Interview wurde ebenfalls veröffentlicht in: Sozialdemokrat, 24.4.1938.

¹³⁹¹ Kučera (1999), a.a.O., S. 159.

trägen auferlegten, aber unerfüllt gebliebenen Verpflichtungen gegenüber den national unterdrückten Sudetendeutschen nachzukommen und einen nationalen Ausgleich herbeizuführen, hatte er in seinen acht Forderungen, die er fortan als Minimum betrachtete und die jederzeit ausgeweitet werden könnten, jedoch faktisch zum Ausdruck gebracht, daß Hodžas Vorschläge zur Formulierung eines Minderheitenstatuts zu diesem Zeitpunkt bereits keine Grundlage mehr für eine nationale Verständigung darstellten. Die Karlsbader Forderungen stellten in der Tat das radikalste Konzept dar, das von sudetendeutscher Seite jemals eingebracht wurde. Ihr Hauptgedanke war die Bildung eines autonomen, selbstverwalteten sudetendeutschen Gebiets in der ČSR sowie die Anerkennung der vollen nationalen Gleichberechtigung der Sudetendeutschen als Rechtskörper in einer zu bildenden nationalen Union. Des weiteren forderte Henlein die Einrichtung nationaler Kataster, rechtlichen Schutz der Nationalität und des nationalen Besitzstandes sowie ein repressionsfreies Bekenntnisses zum Deutschtum und zur nationalsozialistischen Weltanschauung¹³⁹². Die Forderungen aus Henleins programmatischer Rede in Böhmisch Leipa vom 21.10.1934 hatten sich demgegenüber auf eine Dezentralisierung der Verwaltung beschränkt, und in der Rede in Eger am 21.6.1936 war lediglich eine unkonkrete Föderalisierung der ČSR gefordert worden. Es herrscht Einmütigkeit in der Beurteilung, daß die Karlsbader Forderungen zu diesem Zeitpunkt aber nur noch dazu gedacht waren, die ČSR innenpolitisch zu destabilisieren, sie außenpolitisch zu isolieren und die sudetendeutsche Frage dann im Sinne Hitlers zu lösen.

Aufgrund des wachsenden internationalen Drucks auf die ČSR mischte sich im Frühjahr 1938 nunmehr auch der vom Primat der Außenpolitik bestimmte Staatspräsident in die Verhandlungen zwischen Regierung und SdP ein und legte bis Anfang September insgesamt vier Konzepte zur Lösung des Minderheitenproblems vor. Sie waren darauf ausgerichtet, die Unterstützung der Westmächte - vor allem Großbritanniens - zu erhalten resp. zurückzuerhalten. Diese Plänen müssen insgesamt vor dem Hintergrund betrachtet werden, daß ab jetzt nicht nur Henlein alle Vorschläge zurückweisen würde, sondern daß es auch Beneš ausschließlich um ein taktisches Manövrieren ging und auch gehen mußte, indem er den Westmächten stets seinen guten Willen und seine Kompromißbereitschaft zu signalisieren suchte. Vor dem Hintergrund seines Scheiterns mußte dieses Taktieren den staatstreuen Tschechen jedoch den Eindruck vermitteln, daß der Kurs des frühen tschechischen Nationalismus oder die politische Konzeption der KPTsch vielleicht die bessere gewesen wäre.

Im Gegensatz zu dem von Hodža angestrebten Minderheitenstatut liefen die Initiativen Benešs in ihrer Substanz auf die Verabschiedung eines Nationalitätenstatuts und damit auf einen staatsrechtlichen Umbau der ČSR in einen Nationalitätenstaat hinaus. Der Mitte April 1938 vorgelegte '1. Plan' sah neben einer Novellierung des Sprachengesetzes und der Verankerung des Nationalitätenproporz für die Staatsangestellten und die Mittelvergabe aus dem Staatshaushalt zunächst nur schulische Selbstverwaltung durch die Einführung nationaler Schulräte vor. Nachdem Henlein die Karlsbader Forderungen am 4.6. in seiner "Skizze über die Neuord-

¹³⁹² Henleins 'Karlsbader Forderungen' sind abgedruckt bei Habel (1984), a.a.O., S. 210.

nung der innerstaatlichen Verhältnisse der Tschechoslowakei" jedoch präzisiert hatte, ging auch Beneš '2. Plan' vom 30.6. deutlich weiter. Hierin wurde den Autonomieforderungen der SdP mit dem Vorschlag zum Umbau der Selbstverwaltung nach dem alten österreichischen Vorbild begegnet, d.h. die Leitung der Gebietskörperschaften sollte von nationalen Kurien mit gesetzgebendem Charakter übernommen werden. Außerdem sollte die Überordnung der zentralen Staatsbehörden über die Selbstverwaltungskörperschaften aufgehoben werden. Auf dem Feld der Sprachenregelung war vorgesehen, Tschechoslowakisch zwar als Staatssprache beizubehalten, es konnte allerdings auf lokaler Ebene durch eine Minderheitensprache ersetzbar sein. Die bestehende 20%-Klausel sollte aufgehoben werden und jeder Bürger somit das Recht erhalten, mit allen Behörden in seiner Muttersprache zu kommunizieren. Im '3. Plan', der am 29.8. neben der SdP auch dem britischen Vermittler Lord Runciman vorgelegt wurde, war sogar die Einrichtung von drei eigenständigen sudetendeutschen Gauen vorgesehen. Der Anfang September vorgelegte '4. Plan' lief faktisch schließlich auf die Schaffung eines Bundesstaates, wenn nicht eines Staatenbundes hinaus. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollten alle Fragen, die nicht die Belange des Gesamtstaates betrafen, auf den unteren Verwaltungs- und Körperschaftsebenen entschieden werden¹³⁹³. Der Vorsitzende der Agrarpartei, Rudolf Beran, und der nationaldemokratische Industriemagnat Jaroslav Preiss gingen sogar noch einen Schritt weiter als der '4. Plan', indem sie zusätzlich ein Verbot der KPTsch und die Aufkündigung des Verteidigungsbündnisses mit der UdSSR vorschlugen, um damit Hitler zu besänftigen. Dies zeigt, wie weit die Positionen innerhalb der Koalition mittlerweile voneinander entfernt lagen und daß die Chance auf eine militärische Verteidigung der ČSR, wie sie von weiten Teilen der Bevölkerung angestrebt wurde, mit der politischen Führung des Staates nicht länger gewährleistet war. Neben dem PVVZ erklärten lediglich die Abgeordneten der KPTsch am 2.9.1938 anläßlich der Runciman-Mission, die sie als Verletzung der staatlichen Souveränität betrachteten, daß die ČSR das Recht auf militärische Selbstverteidigung besitze und davon auch Gebrauch machen solle¹³⁹⁴.

In die Zeit zwischen dem zweiten und dritten Entwurf Beneš fiel Jakschs wirtschafts- und nationalpolitisches Memorandum an die britische Regierung vom 11.8.1938, das verdeutlicht, daß der DSAP-Vorsitzende sich nunmehr außerhalb der politischen Realität bewegte. Ganz offensichtlich hatte er nicht verstanden, daß es sich bei den Vorstößen des Staatspräsidenten eben nur noch um jenes Taktieren auf der Bühne internationaler Diplomatie und erst in zweiter Hinsicht um einen letzten innerstaatlichen Ausgleichsversuch handelte. Aus diesem Grund nahm Jaksch die Runciman-Mission, zu der er von offizieller Seite ebenfalls nicht als Gesprächspartner hinzugezogen worden war, zum Anlaß, sich selbst noch einmal ins Spiel zu bringen und eine nationalpolitische Lösung der sudetendeutschen Frage nach seinen Vorstellungen auf die internationale und innenpolitische Agenda zu setzen. Hierbei läßt sich feststellen, daß Jaksch nach

¹³⁹³ Vgl. zu den innen- und außenpolitischen Zusammenhängen der nationalpolitischen Entwürfe Beneš z.B. Kural (1993), a.a.O., S. 172 ff.

¹³⁹⁴ Die Erklärung ist abgedruckt in: Na obranu republiky (1955), a.a.O., S. 361-64. Die angesprochene Resolution des PVVZ ist abgedruckt in: V. Král: Politické strany a Mnichov. Dokumenty, Praha 1961, Dok. 48, S. 118. Vgl. auch die verschiedenen Manifeste gegen den '4. Plan' in: Čtělí jsme bojovat (1963), a.a.O., Bd.2, S. 141 ff.

den Kommunalwahlen Ende Mai, die der DSAP gerade noch 10% Wählerunterstützung bescherten, seine - trotz mancher Kritik im Detail - bis dahin grundsätzlich positive Einstellung zur ČSR aufgegeben hatte und nun nur noch nach Lösungsmöglichkeiten suchte, die auf dem Boden der Verfassung nicht mehr zu bewerkstelligen waren. Damit markierte dieses Papier zugleich den Höhepunkt eines Entfremdungsprozesses zwischen dem tschechischen Regierungslager und der letzten verbliebenen freiheitlich-demokratischen Partei unter den Sudetendeutschen.

In dem an Runciman überreichten Memorandum schildert Jaksch ausführlich den derzeitigen Stand der Problematik und macht für den radikalen, auf Irredenta ausgerichteten Nationalismus seiner Volksgruppe drei auslösende Momente verantwortlich: zum einen die Weltwirtschaftskrise, die die Sudetendeutschen auch im europäischen Vergleich aufgrund ihrer ungünstigen Sozialstruktur besonders hart getroffen hat, zum zweiten die nationalsozialistische Propaganda, der es "zweifellos gelungen [ist], der Mehrheit der Sudetendeutschen eine durchaus nationalsozialistische Betrachtung ihrer sozialen Problematik aufzuoktroyieren", und zum dritten die tschechoslowakische Nationalitätenpolitik, die dieser Entwicklung nicht rechtzeitig entgegengewirkt hat und von der ohne internationalen Druck auch zukünftig keine Verbesserung zu erwarten sei. Die SdP sieht Jaksch "in ihrer heutigen zahlenmäßigen Größe" als das "Produkt einer durchaus abnormalen und vorübergehenden Konstellation". Da sie weder in sozialpolitischer noch in nationalpolitischer Hinsicht auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Sudetendeutschen abziele, sondern nur dem nationalsozialistischen Expansionsdrang zuarbeite, verbiete es sich, die SdP sowohl innerstaatlich als auch international als Verhandlungspartner zu akzeptieren oder gar ihren Forderungen nachzukommen. Statt dessen könnte eine internationale Initiative "in der Form eines großzügigen Kompromiß-Vorschlages ein definitives Limit gegenüber allen anti-staatlichen und anti-demokratischen Tendenzen" bewirken. Jaksch bringt aber unmißverständlich zum Ausdruck, daß jeder Lösungsvorschlag "von der Tatsache ausgehen [muß], daß zwischen der nationalen und der sozialen Frage der Sudetendeutschen ein untrennbarer Zusammenhang besteht". Eine Lösung der sudetendeutschen Frage könne folglich nur in einer staatspolitischen Gleichberechtigung in Kombination mit sozialer und kultureller Existenzsicherung erreicht werden. "Als demokratisch und europäisch orientierte Deutsche treten wir für eine Neuordnung der zentraleuropäischen Probleme ein, die allen beteiligten Völkern, allen Nationalitäten und Minoritäten die weitestgehenden Sicherungen ihrer nationalen Existenz und ihres wirtschaftlich-sozialen Aufstiegs darbieten."¹³⁹⁵ Diese Position lief in ihrer Quintessenz somit auf eine umfassende Revision der Nachkriegsordnung und innenpolitisch auf nationale Autonomie hinaus und begründete dauerhaft die Beurteilung Jakschs als die eines nationalistischen Revisionisten durch die tschechische politische Öffentlichkeit.

¹³⁹⁵ Klub der Abgeordneten der DSAP an Walter Runciman v. 11.8.1938, in: Král (1964), a.a.O., Dok. 173, S. 257-63. Dem Memorandum war eine Entscheidung des Exekutivausschusses der DSAP vorausgegangen, in dem festgestellt wurde, daß ein nationaler Ausgleich auf der Sicherstellung nationaler Gleichberechtigung und sozialer Sicherheit beruhen müsse. Hierzu wurden vier Maßnahmen gefordert, die jedoch nicht annähernd so weit gingen wie das Memorandum: nationale Gleichberechtigung, demokratische Selbstverwaltung, Proporzgarantie und wirtschaftliche Aufbauhilfen. Sozialdemokrat, 8.9.1938.

Bereits Anfang September scheiterte das Kalkül der Regierung und des Staatspräsidenten, über ein weitestmögliches Entgegenkommen an die Forderungen der SdP Zeit zu gewinnen. Noch am Tag der Verkündung des '4.Plans' brach die SdP die Verhandlungen ab. Henlein flüchtete nach Berlin und forderte von dort aus am 15.9.1938: "Wir wollen heim ins Reich"¹³⁹⁶. Drei Tage zuvor hatte Hitler in seiner Rede auf dem Nürnberger Reichsparteitag die tschechoslowakische Regierung wegen ihrer angeblichen Unterdrückung der Sudetendeutschen angeklagt und forderte nun ihr Recht auf volle nationale Selbstbestimmung, was unter den gegebenen Umständen nur noch freiwillige Preisgabe des sudetendeutschen Siedlungsgebietes oder Krieg bedeuten konnte. In den tschechoslowakischen Grenzgebieten löste Hitlers Rede einen gewaltsamen Aufruhr aus. Um noch halbwegs den Anschein von Handlungskontrolle zu wahren, war die Regierung gezwungen, Militäreinheiten zu entsenden. Damit traf sie jedoch einen wunden Punkt bei der französischen und der britischen Regierung, die diesen Schritt in der überaus angespannten Atmosphäre dieser September-Krise nicht länger hinnehmen wollte und im Zuge der Berchtesgardener Konferenz am 15.9.1938 die ČSR aufforderte, zur Abwendung eines Krieges alle Gebiete mit mehr als 50% deutschsprachiger Bevölkerung an Deutschland abzutreten. Diese Nachricht hatte zur Folge, daß sich die Mehrheit der politischen Kräfte in der ČSR zu solidarisieren begann und auf gemeinsamen Kundgebungen, die täglich landesweit abgehalten wurden, von der Regierung forderte, nicht vor dem internationalen Druck zu kapitulieren. Auch die DSAP-Führung mußte nun einsehen, daß die Zeit für nationalpolitische Forderungen endgültig verstrichen war. Sie reihte sich wieder in die Front mit den tschechischen demokratischen Kräften ein und erklärte, sich bedingungslos an der Niederschlagung eines möglichen Putschversuches sowie bei der Landesverteidigung beteiligen zu wollen. So machte u.a. der bekannte Aufruf Wenzel Jakschs vom 14.9. ("Mitbürger! Es geht um alles!") deutlich, daß es nunmehr nur noch um die Frage der Kriegsvermeidung gehen konnte¹³⁹⁷. In der zweiten Septemberwoche entsandte die Partei ihren Fraktionssekretär Robert Wiener nach Paris, um dort zusammen mit Jaromír Nečas auf Léon Blum einzuwirken, daß Frankreich nicht auf den britischen *appeasement*-Kurs einschwenke¹³⁹⁸.

Ebenso erklärte die ČSD-Führung Anfang September, daß sie die Regierung nicht mehr bedingungslos unterstützen werde. Bechyně hob auf der Sitzung des Exekutivausschusses am 6.9. hervor, daß die ČSD eine Annahme der Karlsbader Forderungen nicht mit tragen werde. Der Entschluß der Partei zur militärischen Landesverteidigung habe weiterhin Bestand, und sie rechne nunmehr fest mit einem Kriegsausbruch. Diese Aussage machte Bechyně in der Überzeugung, daß sowohl Großbritannien als auch Frankreich zu ihren moralischen resp. vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der ČSR stehen werden¹³⁹⁹. Und noch am 18.9. erklärte er auf der Vorstandssitzung, die außenpolitische Lage sei nach der Berchtesgardener Konferenz zwar ernst, aber: "Unsere Armee ist ruhig und vorbereitet. Die Sicherheit der Republik ist beträchtlich,

¹³⁹⁶ Proklamation Henleins an die Sudetendeutschen v. 15.9.1938, in: Král (1964), a.a.O., Dok. 219, S. 307.

¹³⁹⁷ Sozialdemokrat, 14.9.1938.

¹³⁹⁸ Vgl. zu der gemeinsamen Mission Brügel (1967), a.a.O., S. 462.

¹³⁹⁹ Protokoll der Sitzung des Exekutivausschusses v. 6.9.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 6, l. 118-21.

die Verteidigungsverträge sind fest."¹⁴⁰⁰ Zugleich übernahm Bechyně die gesamte Verantwortung für die bisherige Entwicklung und die dabei begangenen Fehler der Regierung, verstieg sich jedoch in Anklagen an die Agrarpartei¹⁴⁰¹. Obwohl die Entscheidung der ČSD-Führung zur Annahme des Münchener Ultimatums vom 29.9.1938, das wiederum auf Rudolf Bechyně zurückgeht, sicherlich opportun war, brachte sich die Partei hierdurch in eine prekäre Situation. Da die Gesellschaft mobilisiert und zur Verteidigung des Landes gegen die nationalsozialistische Bedrohung bereit war, mußte dieser weitreichende Entschluß der ČSD derart aufgefaßt werden, daß die Partei dem Volk in den Rücken gefallen sei und seine Interessen verraten habe. Langfristige Profiteure dieser Entwicklung waren die Kommunisten. Während die tschechischen Sozialdemokraten und die Nationalen Sozialisten hiernach leicht als Kapitulant und Landesverräter abgestempelt werden konnten, war die KPTsch neben der DSAP die einzige verbliebene Partei, die entschiedenen Widerstand gegen das Münchener Abkommen leisten wollte. Damit legte die Partei den Grundstein für ihren politischen Erfolg nach dem Zweiten Weltkrieg.

¹⁴⁰⁰ Protokoll der Vorstandssitzung v. 18.9.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 19/2, l. 477-79.

¹⁴⁰¹ "Er [Bechyně, C.S.] konstatiert am Ende der Sitzung, daß der Exekutivausschuß durch seine heutige Verhandlung die Regierung angeklagt hat. Es ist aber nicht ausschließlich die Schuld der Regierung und erst recht nicht der gesamten Regierung. Es sind hauptsächlich die politischen Minister schuldig. Von unseren Ministern bin einzig ich verantwortlich. Drei Jahre haben wir in der Regierung über die Henlein-Partei gestritten. Wir kämpften für eine Auswechselung des Innen- und des Verteidigungsministers. Der Präsident kann sie jedoch nicht entlassen. Er wurde gegen den Druck der gesamten Rechten gewählt. Er kann die Regierung auch nicht verraten. Ich habe über die Amnestie aus der Zeitung erfahren. Hodža kann nicht zusammenarbeiten. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß es um eine deutsche Revolution auf unserem Gebiet geht. Diese Revolution betrifft nicht nur uns allein, sondern die ganze Welt, und ich ganz persönlich habe die Befürchtung, daß dies nur einen Krieg bewirken wird." Protokoll der Sitzung des Exekutivausschusses v. 6.9.1938. A ČSSD, f. 71, a.j. 6, l. 118-21.